



Russlandanalysen

Inhalt

<i>Machtverschiebung in Russland. Hans-Henning Schröder, Bremen</i>	2
<i>Kasten: Zur Person Dmitrij Medwedjew</i>	2
<i>Profile der fünf wichtigsten russischen Parteien. Martina Glass, Leipzig</i>	3
<i>Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF)</i>	3
<i>Einiges Russland (Jedinaja Rossija)</i>	4
<i>Union der Rechten Kräfte (SPS)</i>	5
<i>JABLOKO</i>	6
<i>Liberal-Demokratische Partei Russlands (LDPR)</i>	7
<i>Liste aller zur Dumawahl am 7. Dezember zugelassenen Parteien und Wahlblöcke</i>	8
<i>Umfrage: Wenn nächsten Sonntag Wahlen wären, für welche Partei würden Sie stimmen?</i>	9
<i>Chronik vom 30. Oktober bis 5. November 2003</i>	10

Machtverschiebung in Russland. Von Hans-Henning Schröder, Bremen

Kaum 40 Tage vor den Dumawahlen hat Präsident Putin eine der Schlüsselfiguren der russischen Politik ausgetauscht – den Leiter der Präsidialverwaltung. Alexander Woloschin wurde durch Dmitrij Medwedjew ersetzt. Der Personalwechsel signalisiert eine Machtverschiebung innerhalb der fragilen Koalition konkurrierender Gruppierungen, auf die sich die Putin-Administration stützt. Als wichtigste und einflussreichste Fraktionen galten bisher „die Familie“ und „die Petersburger“. Zur „Familie“ zählten die Kräfte, die unter Jelzin das Machtzentrum des Landes bildeten, und zu denen neben Jelzins Tochter Tatjana Djatschenko eine Reihe Politiker und Finanzmagnaten gehörten – u.a. Boris Beresowskij, der aber schon im Jahr 2000 ins Ausland abgedrängt wurde. Auch Ministerpräsident Kasjanow und der bisherige Leiter der Präsidialverwaltung Alexander Woloschin gelten als Mitglieder der „Familie“. Als „Petersburger“ werden jene Leute bezeichnet, die von Putin in die Administration geholt wurden. Allerdings ist diese Gruppe in Herkunft, Ausbildung, Interessen und Erfahrungshorizont sehr heterogen. Gewöhnlich unterscheidet man fünf Untergruppen: die Studienkollegen Putins von der Juristischen Fakultät der Leningrader Staatsuniversität, die Leningrader KGB-Kollegen der 70er und 80er Jahre, die „Kundschafter“, d.h. die KGB-Kollegen aus der Ersten Hauptverwaltung des KGB (Aufklärung), die Mitarbeiter der Petersburger Stadtverwaltung in der Ära des demokratischen Reformbürgermeisters Anatolij Sobtschak sowie die Bekannten aus dem Petersburg der Reformzeit. Neben Geheimpolizisten mit einem begrenzten Verständnis für marktwirtschaftliche Vorgänge sind unter den „Petersburgern“ auch Juristen mit Wirtschaftsverbindungen und Reformpolitiker. Putin hat diese heterogene Koalition aus Polizisten, Reformern und Managern mit Geschick zusammengehalten. Denn der russische Präsident verfügt zwar über das Image eines „starken Mannes“, doch im Laufe seiner Amtszeit hat er nur selten „durchgegriffen“ und rasch Entscheidungen

gefallen. Vielmehr zeichnete ihn vor allem Delikatesse und taktisches Gespür im Umgang mit den konkurrierenden Kräftegruppen aus.

Das Vorgehen der russischen Strafverfolgungsbehörden gegen den Erdölkonzern JuKOS – die Verhaftung des Hauptanteileigners Michail Chodorkowskij war nur der vorläufige Höhepunkt eines breit angelegten Untersuchungsverfahrens, das sich gegen zahlreiche JuKOS-Manager und mit JuKOS verbundene Unternehmen richtet – scheint zu signalisieren, dass die „Polizisten“ in

Putins Umgebung an Einfluss gewonnen haben. Die Ablösung Woloschins, eines intelligenten Machtbrokers, der dafür sorgte, dass die Interessen „der Familie“ nicht zu sehr beschädigt wurden, bezeichnet das Ende der Koalition Putins mit den Kräften der Ära Jelzin. Dass dieser Bruch unmittelbar vor den Wahlen erfolgt, illustriert abermals, dass die Zusammensetzung des Parlaments für die Entscheidung über Kräftekonstellationen in der russischen Politik nur von begrenzter Bedeutung ist. Viel wichtiger ist die Aufstellung der Kräftegruppen im Umfeld des Präsidenten.

Welche Politik sich unter den neuen Bedingungen durchsetzen wird, steht abzuwarten. Man kann mit gutem Grund vermuten, dass die Demontage demokratischer und zivilgesellschaftlicher Ansätze, die bereits in den letzten Jahren zu beobachten war, in Zu-

kunft verstärkt fortgesetzt wird. Immerhin signalisiert die Person des neuen Leiters der Präsidialadministration, einem Juristen, der aus der Petersburger Verwaltung der Reformzeit kommt und zahlreiche Verbindungen in die Wirtschaft hat, dass die Präsidialverwaltung ein ziviles Gesicht behält. Medwedjew nahm bereits in einem seiner ersten öffentlichen Auftritte als Chef der Präsidialverwaltung Position gegen die „Polizisten“, als er das Vorgehen der Justiz im Falle JuKOS kritisierte und die vorläufige Beschlagnahme der Aktien als unbedacht bezeichnete.

(In der übernächsten Russlandanalyse folgt eine detaillierte Betrachtung der JuKOS-Affäre.)

Zur Person Dmitirij Medwedjew

Dmitirij Medwedjew (geb. 14.9.1965 in Leningrad) studierte noch zu Sowjetzeiten Recht an der Leningrader Staatsuniversität (LGU), machte 1987 sein Examen und schlug zunächst die Hochschullaufbahn ein. 1990 promovierte er in Zivilrecht und lehrte in der Folge bis zum Jahr 1999 an der Juristischen Fakultät der LGU. Neben seiner akademischen Tätigkeit beriet er in der ersten Hälfte der 1990er Jahre das Komitee für Auswärtiges beim Petersburger Bürgermeisteramt. Dieses Komitee wurde damals von Putin geleitet, dem Medwedjew direkt zuarbeitete. 1993 übernahm Medwedjew auch den Posten eines Leiters der Rechtsabteilung von „Pulp Enterprises“, einem holzverarbeitenden Unternehmen in Petersburg. 1998 wurde er Mitglied des Aufsichtsrats des Papierkombinats Brask. Im Jahr 1999 wechselte er nach Moskau und übernahm kurzzeitig das Amt des Stellvertretenden Leiters des Regierungsapparats. In dieser Zeit übte Putin das Ministerpräsidentenamt aus. Im Januar 2000 wechselte Medwedjew in die Präsidialadministration, deren Stellvertretender Leiter er wurde. Im Präsidentschaftswahlkampf Anfang 2000 leitete er den Wahlkampfstab Putins. Im Juni 2000 stieg er zum Ersten Stellvertretenden Leiter der Präsidialadministration auf und war als solcher für Putins Tagesplanung und für die Koordination von Regierung und Präsidialverwaltung verantwortlich. 2001 betraute ihn Putin mit der Durchführung der Reform des öffentlichen Dienstes. Am 28.6.2002 wurde Medwedjew zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats des Erdgasmonopolisten Gazprom gewählt. Am 30.10.2003 schließlich wurde er zum Leiter der Präsidialadministration ernannt. Die russischen Medien beschreiben ihn als effizienten Manager und als „vernünftigen Menschen mit modernen Ansichten“.

Profile der fünf wichtigsten russischen Parteien

Von Martina Glass, Leipzig

Zusammenfassung

Bei den Dumawahlen 2003 treten insgesamt 23 Parteien und Wahlvereinigungen an (vgl. Gesamtliste auf Seite 8). Die Mehrzahl wird an der 5%-Hürde scheitern, die bei dieser Wahl noch gilt (in Zukunft 7%). Reale Chancen haben nur fünf Bewerber: die Kommunistische Partei, Einiges Russland, die Union der Rechten Kräfte, JABLOKO und die Liberal-Demokratische Partei. Diese fünf Parteien werden hier in Kurzporträts vorgestellt.

Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF)

Gründung	1993 (Nachfolgepartei der KPdSU, Neugründung nach anderthalbjährigem Verbot)
Mitgliederzahlen	547.000 (nach Parteiangaben)
Spitzenkandidaten	G. Sjuganow, N. Kondratenko, N. Charitonow
Regionale Organisationen	In 85 Regionen, mehr als 20.000 lokale Organisationen
Stimmenanteil bei der Dumawahl 1999	24%
Sitze im Parlament	125, davon 58 Direktmandate
Im Internet	www.kprf.ru

Entwicklung

Nach dem Verbot der KPdSU am 29. August 1991 wurde die Partei 1993 unter neuem Namen wieder gegründet. Sowohl in der politischen Programmatik wie beim Parteaufbau gibt es Kontinuitäten. Die führenden Organe sind das Zentralkomitee (ZK) der KPRF, mit dem Vorsitzenden Gennadij Sjuganow und seinem ersten Stellvertreter Walentin Kupzow sowie das Präsidium des ZK. Die Partei kämpft derzeit mit Hilfe einer auf die Jugend und die Frauen ausgerichteten Strategie gegen ihr Überalterungsproblem. Von ca. 547.000 Mitgliedern sind nur 12% unter 40 Jahren.

Politische Ausrichtung

Nach ihren eigenen Worten sieht sich die KPRF der großen Aufgabe gegenüber, Russland wieder auf den richtigen, nämlich den kommunistischen Weg zu führen (aus dem Programm der Partei: „Kommunismus als historische Zukunft des Menschen“). Die Partei ist sozialistischen Maximen treu geblieben, was z.B. an Forderungen nach kostenloser medizinischer Versorgung, Erholung und Ausbildung, aber auch nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel deutlich wird. Allerdings wird auch einer „dem Zeitgeist entsprechenden“ Erneuerung des Sozialismus das Wort geredet. Unklar ist, was in der Partei darunter verstanden wird. Die KPRF scheint eher einer Entwicklung zuzustreben, in der neben dem sozialistischen Gedanken patriotische bzw. nationalistische Elemente eine Rolle spielen. U.a. setzt sie sich für eine Stärkung der Rolle Russlands in der internationalen Politik ein.

Kurzbiographien der Spitzenkandidaten

Gennadij Sjuganow (geb. 1944), Ausbildung als Mathematiklehrer. 1966 trat er der KPdSU bei. Seit 1967 Tätigkeit als Funktionär des kommunistischen Jugendverbandes und der Partei. 1978–1981 Ausbildung an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften des ZK der KPdSU, danach Arbeit im ZK der KPdSU, zuletzt als Leiter der ideologischen Abteilung. 1992/1993 beteiligt an der Neugründung der KP. 1993 Abgeordneter in der Duma, wo er seit 1999 Fraktionsvorsitzender der KPRF ist. Seit 1995 ist er Vorsitzender des ZK der KPRF.

Nikolaj Kondratenko (geb. 1940), Ausbildung am Agrarinstitut in Krasnodar, seit 1966 Agronom in einer Kolchose und Rayonsekretär der Partei. 1982 Generaldirektor des Nordkaukasischen Zuckerindustriekonzerns und Gebietssekretär der KPdSU. 1987 Vorsitzender des Exekutivkomitees im Krasnodarer Gebiet, 1991 wegen „verfassungsfeindlicher Tätigkeit“ abgelöst. 1993 Abgeordneter des Föderationsrates. Generaldirektor von OAO „Krasnodarglawnab“. Seit 1996 Gouverneur der Region Krasnodar.

Nikolaj Charitonow (geb. 1948) beendete 1972 das Landwirtschaftsinstitut in Nowosibirsk, danach Agronom in einer Kolchose. 1976 Direktor einer Sowchose im Gebiet Nowosibirsk. 1993 in die Duma gewählt. Ab 1996 Vorsitzender der Abgeordnetengruppe der Agrarpartei in der Duma. Wechselte im Frühjahr 2003 zu den Kommunisten.

Einiges Russland (Jedinaja Rossija)

Gründung	2002 durch Vereinigung der Blöcke „Vaterland-Ganz Russland“ und „Einheit“
Mitgliederzahl	257.000 (nach Parteiangaben)
Spitzenkandidaten	B. Gryslow, J. Luschkow, S. Schojgu
Regionale Organisationen	In 89 Regionen
Stimmenanteil bei der Dumawahl 1999	Einheit: 23%; Vaterland-Ganz Russland: 13%
Sitze im Parlament	Einheit: 64, davon 9 Direktmandate; Vaterland-Ganz Russland: 69, davon 33 Direktmandate
Im Internet	www.edinros.ru

Entwicklung

„Einiges Russland“ ist der Zusammenschluss der Organisationen „Vaterland-Ganz Russland“ und „Einheit“, die beide im Laufe des Jahre 1999 gegründet wurden. Nach den Parlamentswahlen von 1999 entschieden sich die ursprünglich konkurrierenden Vereinigungen zusammenzugehen, um ihre Position gegenüber der Kommunistischen Partei zu stärken. Einiges Russland wurde so die stärkste Fraktion.

Die leitenden Organe der Partei sind der Parteitag, der Zentrale Politische Rat und der Generalrat. Der Parteitag ist die höchste politische Instanz der Partei, die über Parteiaufbau und Programm entscheidet. Der Zentrale Politische Rat übernimmt die Leitung der Partei zwischen den Parteitagungen. Die Mitglieder des zentralen politischen Rates sind zugleich Mitglieder des Generalrates, der die Parteitage einberuft und die Leitung des Exekutivkomitees wählt.

Politische Ausrichtung

„Einiges Russland“ sieht sich selbst als Regierungs- bzw. Präsidentenpartei. Es gilt als typische, von oben gegründete „administrative Partei“. U.a. wird es dafür kritisiert, dass es kein echtes politisches Programm hat, sondern eher allgemeine Positionen propagiert wie „Wir sind für das Wohl des Volkes“. Insgesamt vertritt die Partei eine zentristische Position, denn es geht ihr – so argumentiert sie – um den einfachen Menschen und seine Probleme, und dies könne man nur durch eine zentrale Position erreichen. Darauf basiert ihr Programm. U.a. fordert sie die Entwicklung der Wirtschaft mit einer stärkeren Position des Staates in derselben, die Verbesserung der Lebensbedingungen und der sozialen Sicherung, freie Wahlen, eine Stärkung und Professionalisierung der Armee und die gesellschaftliche Kontrolle über die Massenmedien.

Kurzbiographien der Spitzenkandidaten

Boris Gryslow (geb. 1950), studierte an der Leningrader Hochschule Radiotechnik. 1977–1996 im Leningrader Unternehmen Elektronpribor mit der Entwicklung von Kommunikationstechnologie für die Raumfahrt beschäftigt. 1996–1999 baute er eine Hochschule für Fachleute der Kommunalwirtschaft auf. 1999 Wahlkampfleiter des (erfolglosen) Gouverneurskandidaten Viktor Subkow in Petersburg und der neu gegründeten Vereinigung „Einheit“. 1999 in die Duma gewählt. Seit 2001 russischer Innenminister.

Juri Luschkow (geb. 1936), studierte bis 1958 am Institut für Erdöltechnik und Gasindustrie. 1958–1974 Mitarbeiter im Forschungsinstitut für Kunststoffe, steigt bis zum Abteilungsleiter auf. 1974–80 Direktor des Konstruktionsbüros für Automatisierung beim Ministerium für Chemieindustrie, 1986 Abteilungsleiter für Forschung bei demselben Ministerium. 1977–90 Abgeordneter des Moskauer Stadtsowjets. 1990 zum Bürgermeister von Moskau gewählt (Wiederwahl 1996 und 1999). Eine der Führungsfiguren von Vaterland-Ganz Russland. 2001 Stellvertretender Vorsitzender der Vereinigung „Einiges Russland“.

Sergej Schojgu (geb. 1955), Bauingenieurstudium in Krasnojarsk. 1977–1988 Tätigkeit in der Bauindustrie, zum Schluss als Leiter von Großbauunternehmen. 1989–1990 2. Sekretär des Abakaner Stadtkomitees der KPdSU. 1990 Stellvertretender Vorsitzender des Regierungskomitees für Architektur und Bauwesen. 1991 übernimmt er das neu gegründete Staatskomitee für Zivilschutz, Ausnahmesituationen und Beseitigung von Katastrophenschäden (seit 1994 Ministerium), das er zu einer leistungsfähigen Behörde macht, die allgemein hohes Ansehen genießt. Übernimmt 1999 nach der Gründung von „Einheit“ dessen Leitung und wird anschließend Stellvertretender Vorsitzender von „Einiges Russland“.

Union der rechten Kräfte (SPS)

Gründung	1999 (anlässlich der Dumawahlen)
Mitgliederzahlen	20.000 (nach Parteiangaben)
Spitzenkandidaten	B. Nemzow, I. Chakamada, A. Tschubajs
Regionale Organisationen	In 81 Regionen
Stimmenanteil bei der Dumawahl 1999	8,6%
Sitze im Parlament	29, davon 5 Direktmandate
Im Internet	www.sps.ru

Entwicklung

Die Partei steht in der Tradition der demokratischen Reformbewegung und schließt personell und politisch an die Bewegungen „Russlands Wahl“ (1993: 15,5%) und „Demokratische Wahl“ (1995: 3,8%) an. Sie entstand 1999 durch Zusammenschluss der 1998/99 gegründeten Organisationen „Neue Kraft“ des Ex-Ministerpräsidenten Sergej Kirijenko und „Junges Russland“ seines ehemaligen Stellvertreters Boris Nemzow zum Block „Die Rechte Sache“, dem sich weitere kleine Parteien anschlossen und der später in „Union der rechten Kräfte“ umbenannt wurde.

Höchstes Organ der Partei ist der Parteitag. Er wählt die Revisionskommission und den Föderalen Politischen Rat. Außerdem bestimmt er den Präsidentschaftskandidaten. Der Föderale Politische Rat trifft Personalentscheidungen und kontrolliert die Arbeit der Ausschüsse.

Politische Ausrichtung

Die Partei bezeichnet sich selbst als liberal und demokratisch. Sie sieht ihre Aufgabe darin, Russland vor der wiederauflebenden kommunistischen Bedrohung zu schützen und die erreichte demokratische Ordnung zu bewahren. Die liberale Position ist am deutlichsten in der Wirtschaftspolitik zu erkennen, die auf Entstaatlichung und Entbürokratisierung abzielt und eine weitere Privatisierung befürwortet. Das verwundert nicht, wenn man bedenkt, dass ein rigoroser Privatisierungspolitiker wie Tschubajs in der Führung der Partei vertreten ist. Die SPS befürwortet eine Armeereform mit Übergang zu einer Berufsmarine. Politisch fordert sie eine „reale“ Demokratie mit Mehrparteiensystem und bürgerlichen Freiheiten, insbesondere Meinungs- und Pressefreiheit.

Kurzbiographien der Spitzenkandidaten

Boris Nemzow (geb. 1959), Studium der Radiophysik in Gorkij (Nishnij Nowgorod). Seit 1981 wissenschaftlicher Mitarbeiter in einem Forschungsinstitut für Radiophysik, 1988–90 Beteiligung an Protestaktionen gegen den geplanten Bau eines KKW in der Nähe von Nishnij Nowgorod. Wird Mitglied des Blocks „Demokratisches Russland“. 1990 in den Russischen Obersten Sowjet gewählt, der ihn in den Obersten Sowjet der UdSSR delegiert. 1991 von Jelzin zum Vertreter des Präsidenten, dann zum Gouverneur in Nishnij Nowgorod ernannt. Bemüht sich um regionale Reformen. 1995 in den Regionalwahlen als Gouverneur bestätigt. April–November 1997 russischer Energieminister und Erster Stellvertretender Ministerpräsident. 1999 über die Parteiliste von SPS in die Duma gewählt. Seit 2001 Vorsitzender der Partei.

Irina Chakamada (geb. 1955), 1978 Abschluss des Wirtschaftsstudiums an der Lumumba-Universität in Moskau, 1984 Promotion an der Moskauer Staatsuniversität. 1981–1989 wissenschaftliche Mitarbeiterin in einem Institut der Staatsplanbehörde sowie Dozentin für politische Ökonomie. Gründet 1989 mit K. Borowoj die russische Rohstoffbörse, eine Bank sowie eine Reihe anderer Unternehmen. 1993 und 1995 als Direktkandidatin in Moskau in die Duma gewählt. Verlässt 1997 die Duma, um das Regierungskomitee zur Unterstützung von Kleinunternehmen zu leiten (bis 1998). 1999 in Petersburg als Direktkandidatin in die Duma gewählt. Seit 2001 Stellvertretende Vorsitzende der SPS.

Anatolij Tschubajs (geb. 1955), absolviert das Leningrader Ingenieurökonomische Institut, dort von 1982–90 Dozent. 1984–1987 informeller Leiter eines halblegalen Kreises junger Ökonomen, aus dem zahlreiche wichtige Reformpolitiker hervorgingen. 1990–1991 führende Position in der Leningrader Stadtverwaltung. November 1991 Vorsitzender des Komitees für Staatseigentum, das für die russische Privatisierungspolitik verantwortlich ist. 1992 qua Amt Stellvertretender Ministerpräsident. 1993 für „Russlands Wahl“ in die Duma gewählt. 1994–Januar 1996 Erster Stellvertretender Ministerpräsident. Organisiert Jelzins Wahlkampf 1996 und wird nach dessen Wahl 1996–97 Chef der Präsidentschaftsadministration. März 1997 Erster Stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister. Im März 1998 aus den Regierungsgremien entlassen. Seit April 1998 Vorstandsvorsitzender des Strommonopolisten „JeS Rossii“.

JABLOKO

Gründung	1993 erste Zusammenschlüsse, 1995 offizielle Gründung der „Gesellschaftlichen Vereinigung JABLOKO“
Mitgliederzahl	26.500 (nach Parteiangaben)
Spitzenkandidaten	G. Jawlinskij, W. Lukin, I. Artemjew
Regionale Organisationen	In 54 Regionen
Stimmenanteil bei der Dumawahl 1999	6%
Sitze im Parlament	21, davon 4 Direktmandate
Im Internet	www.yabloko.ru

Entwicklung

Jabloko wurde 1993 als Wahlblock gegründet, der mehrere demokratisch orientierte Parteien zusammenschloss, die in Opposition zur Regierungspolitik standen. Die Mischung war sehr bunt und so kam es zu mehreren Abspaltungen kleinerer Organisationen, bis 1995 die „Gesellschaftliche Vereinigung Jabloko“ gegründet wurde, die zunächst ein lockeres Bündnis darstellte.

Nach einer umfassenden Reorganisation im Jahr 1998 stellt sich die Partei deutlich gestrafft dar. Führende Organe sind der Parteitag und der Zentralrat. Der Parteitag ist das höchste Organ. Er bestimmt das Programm der Partei, wählt den Zentralrat und entscheidet über Kandidaturen zu den Wahlen. Zwischen den Parteitagen übernimmt der Zentralrat die leitende Funktion. Unter Führung des Parteivorsitzenden behandelt er alle Fragen die die Partei betreffen und nicht in die ausschließliche Zuständigkeit des Parteitags fallen.

Politische Ausrichtung

Jabloko verfolgt liberale und sozialdemokratische Ziele. Zu den liberalen Zielen gehören die Forderung nach einer Steuerreform, der Entbürokratisierung der Wirtschaft, der Förderung des freien Wettbewerbs und eines verstärkten Schutzes für die Unternehmer. Die sozialdemokratische Tendenz spiegelt sich vor allem in der Forderung nach einem neuen Rentensystem und einer aktiven Sozialpolitik wider, die die Familie unterstützt und fördert. Jabloko macht sich im Gegensatz zu anderen Parteien auch für den Umweltschutz stark.

Kurzbiographien der Spitzenkandidaten

Grigorij Jawlinskij (geb. 1952), absolviert das Moskauer Plechanow-Wirtschaftsinstitut und promovierte dort 1976. 1976–1984 Tätigkeit in einem Forschungsinstitut der Kohleindustrie. 1984 Abteilungsleiter im Staatskomitee für Arbeit. 1989 Abteilungsleiter der Staatskommission für Wirtschaftsreform. Legt 1990 das „400-Tageprogramm“ zum Übergang zur Marktwirtschaft vor. 1990–91 Stellvertretender Ministerpräsident der russischen Republik. Danach gründete er das Institut für ökonomische und politische Forschung (EPIcentr) das er bis heute leitet. Mitbegründer von Jabloko 1993. Seit 1993 Dumaabgeordneter, Fraktionsvorsitzender von Jabloko.

Wladimir Lukin (geb. 1937), Historiker, 1961–1965 Promotionsstudium am Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen. 1965–68 Redakteur der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“. 1968–87 Leiter des Sektors Fernost am Moskauer Amerikainstitut, 1987–1989 Leiter des Planungsstabes im Außenministerium. 1992/93 russischer Botschafter in den USA. Seit 1993 Dumaabgeordneter. 1996–1999 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses.

Igor Artemjew (geb. 1961) studierte bis 1983 an der Leningrader Staatsuniversität Agrarbiologie und war danach dort als Dozent beschäftigt. 1990–93 Abgeordneter des Leningrader Stadtsowjets und Leiter der Kommission für Ökologie und kommunale Angelegenheiten. 1994 Leiter der Petersburger Abteilung von Jabloko. 1996 zum Vizegouverneur von Petersburg gewählt und zugleich Leiter der Finanzabteilung. Seit 1999 Dumaabgeordneter und Stellvertretender Vorsitzender des Komitees für Kreditinstitutionen und den Finanzmarkt sowie Stellvertretender Vorsitzender der Fraktion von Jabloko.

Liberal-Demokratische Partei Russlands (LDPR)

Gründung	1989 als LDPSU, 1992 umbenannt in LDPR
Mitgliederzahl	600.000 (Parteiangaben)
Spitzenkandidaten	W. Schirinowski, A. Ostrowskij, I. Lebedew
Regionale Organisationen	In 55 Regionen
Stimmenanteil bei der Dumawahl 1999	6%
Sitze im Parlament	19, davon 2 Direktmandate
Im Internet	www.ldpr.ru

Entwicklung

Die Partei wurde 1989 in Moskau als Liberal-Demokratische Partei der Sowjetunion (LDPSU) unter maßgeblicher Beteiligung von Wladimir Schirinowski gegründet. 1992 in LDPR umbenannt. Bei den Wahlen 1993 die Partei mit 23% der abgegebenen Stimmen der Überraschungssieger. Die Spitzengremien der Partei sind der Parteitag und der Oberste Rat. Der Vorsitzende der Partei ist gleichzeitig Mitglied des Obersten Rates. Gewählt wird er vom Parteitag, der alle 4 Jahre vom Obersten Rat einberufen wird.

Politische Ausrichtung

Offiziell ist die LDPR eine Partei der Mitte, die sich selbst als demokratisch bezeichnet. Ihr Ziel ist es, laut Parteiprogramm, ein reiches und blühendes Russland zu schaffen, in dem jeder einzelne Bürger ein gutes Leben führen kann. Die proklamierten Ziele der Partei sind Schaffung eines demokratischen Systems, Liberalismus und Patriotismus. Patriotismus misst die LDPR – unter Verweis auf die heutige Lage Russlands – eine besondere Rolle zu. Mit Liberalismus tut sich die Partei allerdings schwer. Während sie einerseits Chancengleichheit aller, unabhängig von Herkunft, Religion oder Ethnie propagiert, tritt sie andererseits für eine Stärkung der Position von Russen gegenüber nicht-russischen Ethnien in Russland und in der GUS ein. Ferner propagiert die LDPR eine Befreiung der russischen Medien von ‚antipatriotischer und ausländischer Propaganda‘. In der Tat ist der Begriff Patriotismus Deckmantel für einen Rechtspopulismus, der extrem nationalistische, teilweise auch antisemitische Züge aufweist.

Kurzbiographien der Spitzenkandidaten:

Wladimir Schirinowski (geb. 1946), absolvierte zunächst das Lomonossow-Institut für östliche Sprachen (MGU), und erwarb nach seinem Militärdienst im Fernstudium 1972–77 ein Juradiplom. 1973–75 Mitarbeiter im sowjetischen „Komitee zum Schutz des Friedens“. In den Folgejahren verschiedene Tätigkeiten als Jurist. Seit 1990 in der Führung der LDPR, deren Präsidentschaftskandidat er 1991, 1996 und 2000 war. Pflegt seit 1992 enge Kontakte zu Le Pen, G. Frey und Saddam Hussein. Seit 1993 Abgeordneter in der Duma und Fraktionsvorsitzender der LDPR, seit 2000 stellvertretender Dumavorstzender.

Aleksej Ostrowskij (geb. 1976) studierte in Moskau Jura und Wirtschaftswissenschaft. Promoviert gegenwärtig am MGIMO, der Elitehochschule des Außenministeriums. Seit seinem 18. Lebensjahr Mitglied der LDPR und enger Mitarbeiter Schirinowskis. In der Duma nach eigenen Angaben mit internationalen Fragen und den sozialen Problemen der Jugend befasst.

Igor Lebedew (geb. 1972), Sohn von Wladimir Schirinowski und Galina Lebedewa, studierte 1990–1996 an der Moskauer Staatlichen Juristischen Akademie. 1994 persönlicher Referent Schirinowskis in der Duma. Seit 1997 leitet er den Apparat der Fraktion der LDPR. 1998–1999 kurzfristig Mitarbeiter im Arbeitsministerium. 1999 in die Duma gewählt, nach der Wahl Schirinowskis zum stellvertretenden Parlamentsvorsitzenden wird Lebedew Fraktionsvorsitzender. Er ist Mitglied des Ausschusses für Informationspolitik.

Redaktion: Heiko Pleines und Hans-Henning Schröder

Über die Autorin

Martina Glass ist Studentin der Soziologie an der Universität Leipzig.

Lesetipps

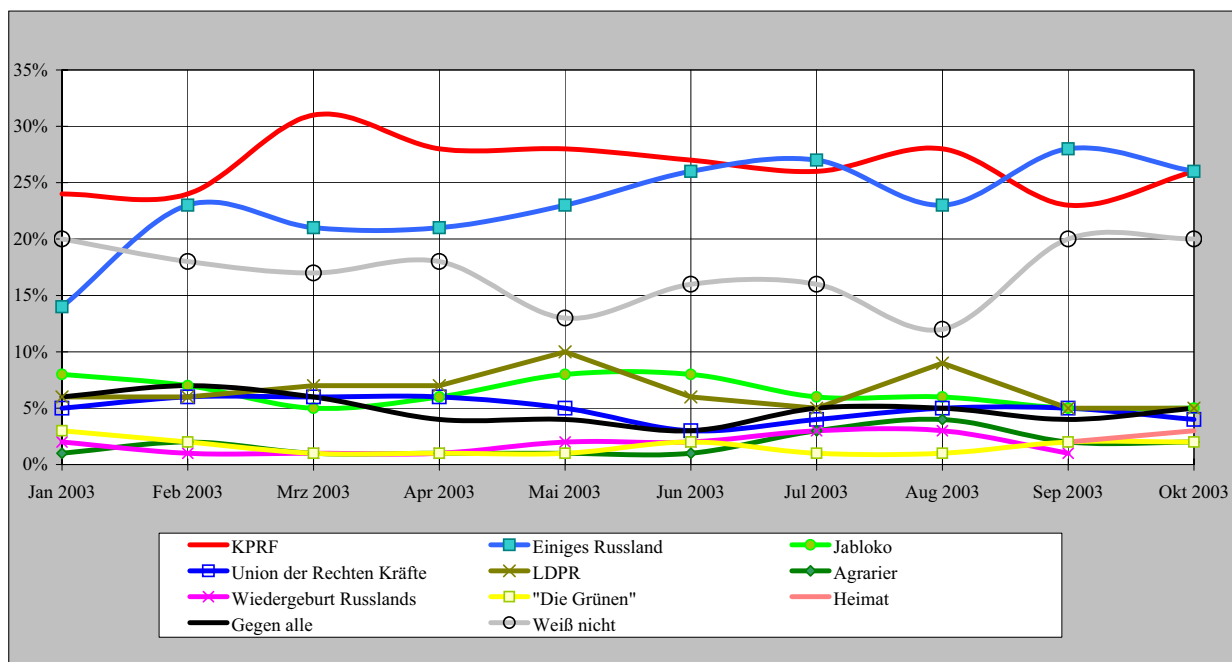
G. Luchterhandt (Hrsg.): Politische Parteien in Rußland. Dokumente und Kommentare, Bremen: Edition Temmen 2000 (= Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Dokumentationen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa. Band 7), 300 S.

Internetseite von Radio Free Europe zur Wahl (in Englisch): <http://www.rferl.org/specials/russianelection/>

*Liste aller zur Dumawahl am 7. Dezember zugelassenen Parteien und Wahlblöcke
(in der Reihenfolge, in der sie auf dem Stimmzettel erscheinen)*

1	Konzeptuelle Partei „Vereinigung“
2	Union der Rechten Kräfte (SPS)
3	Wahlblock „Russische Partei der Pensionäre und Partei der sozialen Gerechtigkeit“
4	Jabloko
5	„Für die heilige Rus“
6	Vereinigte Russische Partei „Rus“
7	Wahlblock „Neuer Kurs – Automobiles Russland“
8	Volksrepublikanische Partei Russland
9	Russische ökologische Partei „Die Grünen“
10	Agrarpartei Russlands
11	„Wahre Patrioten Russlands“
12	Volkspartei der Russischen Föderation
13	Demokratische Partei Russlands
14	Wahlblock „Großrussland – Eurasische Union“
15	Union der Menschen für Bildung und Wissenschaft
16	Wahlblock „Vaterland“ (volkspatriotische Union)
17	Russische politische Partei für Frieden und Einheit
18	Liberaldemokratische Partei Russlands (LDPR)
19	Wahlblock „Partei der Wiedergeburt Russlands – russische Partei des Lebens“
20	Einiges Russland
21	Russische Konstitutionell-demokratische Partei
22	Entwicklung des Unternehmertums
23	Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF)

Wenn nächsten Sonntag Wahlen wären, für welche Partei würden Sie stimmen?



	Januar 2003	Februar 2003	März 2003	April 2003	Mai 2003	Juni 2003	Juli 2003	August 2003	Sept. 2003	Oktober 2003
„Einiges Russland“	14%	23%	21%	21%	23%	26%	27%	23%	28%	26%
KPRF	24%	24%	31%	28%	28%	27%	26%	28%	23%	26%
Union der Rechten Kräfte	5%	6%	6%	6%	5%	3%	4%	5%	5%	4%
Jabloko	8%	7%	5%	6%	8%	8%	6%	6%	5%	5%
LDPR	6%	6%	7%	7%	10%	6%	5%	9%	5%	5%
Agrarier	1%	2%	1%	1%	1%	1%	3%	4%	2%	2%
Wiedergeburt Russlands	2%	1%	1%	1%	2%	2%	3%	3%	1%	–
„Die Grünen“	3%	2%	1%	1%	1%	2%	1%	1%	2%	2%
Heimat	–	–	–	–	–	–	–	–	2%	3%
Andere	11%	4%	4%	7%	5%	6%	4%	4%	3%	2%
Gegen alle	6%	7%	6%	4%	4%	3%	5%	5%	4%	5%
Weiß nicht	20%	18%	17%	18%	13%	16%	16%	12%	20%	20%

Nach Angaben des VCIOM zusammengestellt von Hans-Henning Schröder

Chronik vom 30.10. bis 5.11.2003

30.10.2003	Beamte des Inlandsgeheimdienstes FSB durchsuchen die Büros der Stromunternehmen Nowosibirskenergo und Energosbyt. Die Durchsuchung steht im Zusammenhang mit Aktienübertragungen an den Strommonopolisten EES Rossii. Die Maßnahme wird von den russischen Medien als Warnung an den Vorstandsvorsitzenden von EES Rossii, Anatolij Tschubajts, gewertet.
30.10.2003	Putin empfängt den Generalsekretär der NATO, George Robertson, im Kreml.
30.10.2003	Putin empfängt eine Gruppe führender russischer und ausländischer Investmentbanker und versichert ihnen, dass seine Administration der Heranziehung ausländischer Investitionen besondere Aufmerksamkeit schenkt.
30.10.2003	Alexander Woloschin, Leiter der Präsidentialadministration, tritt zurück. Putin ernennt Dmitrij Medwedjew, bisher Erster Stellvertreter Woloschins, zu dessen Nachfolger. Dmitrij Kosak übernimmt Medwedjews bisherige Funktion.
30.10.2003	Der Verfassungsgerichtshof hebt Teile des Gesetzes über die Medienberichterstattung während der Wahlen auf.
31.10.2003	Arbeitsbesuch des russischen Präsidenten in der Region Perm.
2.11.2003	Putin ernennt den früheren Industrie- und Technologieminister Ilja Klebanow zum Präsidentialbevollmächtigten für den Föderalbezirk Nord-West. Er folgt in diesem Amt Valentina Matwienko nach, die zur Gouverneurin von Petersburg gewählt wurde.
2.11.2003	In einem Interview für den Fernsehsender „Rossija“ ermahnt der neue Leiter der Präsidentialverwaltung, Dmitrij Medwedjew, die Verwaltungs- und Rechtsorgane, die ökonomischen Folgen ihrer Handlungen zu bedenken. Er bezeichnet es u.a. als einen Fehler, dass die Justiz die JuKOS-Aktien beschlagnahmt hat.
3.11.2003	Im Rayon Urus-Martan (Tschetschenien) werden zwei Mitarbeiter des russischen Justizministeriums und ein Vertreter der „Vereinigten Gruppierung der Streitkräfte“ (OGV), d.h. des militärischen Regionalkommandos, von Unbekannten entführt.
3.11.2003	Michail Chodorkowskij, der Vorstandsvorsitzende von JuKOS, der sich derzeit in Untersuchungshaft befindet, gibt bekannt, dass er seine Position bei JuKOS aufgibt und das Unternehmen verlässt.
3.11.2003	Putin empfängt den israelischen Premierminister Aron Sharon und erörtert mit ihm u.a. die Entwicklung im Nahen Osten.
3.11.2003	Leonid Newslin, Anteilseigner von JuKOS und bis vor kurzem der zweite Mann in der Leitung dieses Unternehmens, erhält einen israelischen Pass unter Wahrung seiner russischen Staatsbürgerschaft. Newslin hält sich gegenwärtig in Israel auf.
3.11.2003	Michail Komarow, Stellvertretender Herausgeber der Rjasaner Ausgabe der Zeitung „Novaja gazeta“, wird vor seinem Haus von Unbekannten zusammengeschlagen. Er hatte u.a. über Korruption in der Polizei und in den örtlichen Sportvereinen berichtet.
4.11.2003	Der Direktorenrat von JuKOS-Moskau, der die Aktivitäten der JuKOS-Gruppe koordiniert, wählt eine neue Unternehmensführung und bestimmt Semjon Kukes, den früheren Leiter des Mineralölunternehmens TNK, zum Vorsitzenden.
4.11.2003	Präsident Putin trifft zu einem Staatsbesuch in Italien ein. Bereits am Abend erste Gespräche mit dem italienischen Ministerpräsidenten Berlusconi.
4.11.2003	Vor einem Moskauer Geschworenengericht beginnt der Spionage-Prozess gegen Igor Sutjagin. Der Inlandsgeheimdienst wirft dem früheren Mitarbeiter des Amerika-Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften vor, Staatsgeheimnisse verraten zu haben. Sutjagin hatte keinerlei Zugang zu klassifiziertem Material, er benutzte in seinen Quellen ausschließlich offenes Material.
5.11.2003	Russisch-italienische Regierungsgespräche in Rom. Audienz Präsident Putins beim Papst.

Die Russlandanalysen werden gemeinsam von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wider.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit dem Herausgeber gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann

© 2003 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>